



Japan und die internationale Lage nach dem russischen Überfall auf die Ukraine:

Aus dem Blickwinkel einer
„Mittelmacht-Diplomatie“

Yoshihide SOEYA

Einleitung

Seit dem Ende des Kalten Krieges im Jahr 1989 befand sich die internationale Politik in einer langen Übergangsphase. Der russische Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 hatte dabei enorme Auswirkungen nicht nur auf die Ukraine selbst, sondern auch auf die internationale Politik, und wird vermutlich einen ebenso großen Einfluss auf Chinas Strategie in Asien ausüben. In diesem Beitrag werden Überlegungen dazu angestellt, wie sich die Schritte Russlands und Chinas im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Ukraine auf die internationale Politik und die Sicherheit Europas und Asiens auswirken könnten. Außerdem wird versucht, die Rolle fortschrittlicher Demokratien, einschließlich Japans, zu erörtern, bei deren Suche nach Kooperationspartnern die Beziehungen zu den USA im Fokus stehen. Dabei werden wir unsere Position und Rolle unter dem Blickwinkel einer „Mittelmacht-Diplomatie“ bzw. einer „Mittelmächte-Kooperation“ betrachten.

Der russische Überfall auf die Ukraine kann im Wesentlichen als eine imperialistische Aktion angesehen werden. Auch China zeigt ähnliche Impulse innerhalb Asiens. Und die USA sind es, die den Herausforderungen durch Russland und China sowohl in Europa als auch in Asien die Stirn bieten. Anders gesagt, hat der Überfall auf die Ukraine einmal mehr deutlich gemacht, dass die „drei Großmächte“, USA, China und Russland, im Zentrum der Konfliktstruktur der

internationalen Ordnung stehen. Anstatt uns also in eine dieser der drei Großmächte einzugliedern, suchen wir nun nach Kooperationen, um innerhalb der Rivalitätsstruktur dieser Mächte zusammenzuarbeiten, und zwar mit Fokus auf unsere Beziehungen zu den USA. Dieses Bild könnte treffend als „Mittelmächte-Kooperation“ bezeichnet werden.

Dieser Blickwinkel scheint auch in Hinsicht auf die japanische Diplomatie von besonderer Bedeutung. Traditionell haben die außen- und sicherheitspolitischen Theorien der konservativen Seite Japans oft die Bedeutung von Unabhängigkeit und Selbsthilfebestreben betont – so, als ob es Japan möglich wäre, eine eigene Strategie zu besitzen. Insbesondere nach dem Überfall auf die Ukraine hat sich eine auffallend mutige Debatte entwickelt, welche die „Lektionen der Ukraine“ direkt mit der Sicherheit und Verteidigung Japans in Verbindung bringt.

Natürlich haben solche Äußerungen keinen direkten Einfluss auf die japanische Außenpolitik. Es handelt sich jedoch um innenpolitische Faktoren, die von der jeweiligen Regierung nicht ignoriert werden können, wodurch es unter Umständen schwierig ist, die Realität der japanischen Politik zu verstehen. Ich vertrete weiterhin die Auffassung, dass die japanische Nachkriegsdiplomatie trotz dieser strukturellen Probleme im Wesentlichen als „Mittelmacht-Diplomatie“ bezeichnet werden kann. Die Argumentation in diesem Beitrag basiert

zudem auf der Überzeugung, dass ein solch analytischer Blickwinkel auch dann gilt, wenn man die Realität und das Ideal der japanischen Diplomatie nach dem Überfall auf die Ukraine betrachtet. Daher möchte ich zunächst einmal diesen Blickwinkel überprüfen, bevor ich mit meinen Überlegungen beginne.

Japans „Mittelmacht-Diplomatie“: Nationale und internationale Perspektiven

Analytisch gesehen wurde die japanische Nachkriegsdiplomatie aufgrund ihres Fundaments in der Nachkriegsverfassung (insbesondere Artikel 9) und dem japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag durchgängig als „Mittelmacht-Diplomatie“ bezeichnet. Diese Betrachtung erfolgt aus einem Blickwinkel auf die innere Struktur der Außenpolitik sowie auf die Positionierung der japanischen Diplomatie in der internationalen Politik.

Während der Nachkriegszeit waren die japanische Politik und Gesellschaft durch die (1946 verkündete) Verfassung sowie den (1951 unterzeichneten und 1960 revidierten) Sicherheitsvertrag zwischen Japan und den USA, welche zwei Säulen der Diplomatie darstellen, zweiseitig gespalten. Es zeigte sich dabei von Bedeutung, dass die Verfassung ihren logischen Ursprung in der Bewältigung der Nachkriegsfolgen vor dem Ausbruch des Kalten Krieges (1947) hatte, während der japanisch-amerikanische

Sicherheitsvertrag aus einer Reaktion auf den Kalten Krieg entstanden war. Infolgedessen kam es in der japanischen Politik und Gesellschaft der Nachkriegszeit zu einem Konflikt zwischen der moralischen Kriegsbewältigung, die im Kern des Verfassungsschutzes steht, und einem auf dem japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag basierenden Realismus im Rahmen des Kalten Krieges, der den geheimen Wunsch nach einer Verfassungsänderung beinhaltete.

Unter solch inneren Strukturen vertrat die Außenpolitik der aufeinanderfolgenden Regierungen Japans weder eine linke noch eine rechte Position, sondern verfolgte als Ergebnis des Kompromisses zwischen der Verfassung und dem japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag stets einen Mittelweg. Ich argumentiere damit, dass die japanische Nachkriegsdiplomatie – empirisch betrachtet – weder eine Groß- noch eine Kleinmacht-Diplomatie, sondern durchweg eine „Mittelmacht-Diplomatie“ war. Diese Diplomatie richtete sich nach dem Krieg für lange Zeit grundsätzlich nach innen und wurde durch innenpolitische Konflikte blockiert.

In den 1980er Jahren, als sich die Beziehungen zwischen den USA und Japan in eine „Allianz“ wandelten, begann sich diese Situation allmählich zu ändern. Doch das Ende des Kalten Krieges und der Ausbruch des Golfkrieges im Januar 1991 machten die Probleme einer nach innen gerichteten japanischen Diplomatie auf internationaler Ebene

deutlich. Die japanische Regierung wurde von einem „Golfküstentrauma“ geplagt, da sie nicht in der Lage gewesen war – abgesehen von einer massiven finanziellen Soforthilfe – einen sinnvollen Beitrag zu leisten. Im Juni 1992 wurde schließlich der „International Peace Cooperation Act“ verabschiedet, während im September desselben Jahres zum ersten Mal nach dem Krieg Selbstverteidigungsstreitkräfte zu den friedenserhaltenden UN-Maßnahmen in Kambodscha entsandt wurden (Kabinett Miyazawa). Obwohl es sich dabei um einen kleinen Schritt im Sinne eines „internationalen Beitrags“ einer fortschrittlichen Demokratie handelte, war die Reaktion der internationalen Gemeinschaft gespalten. Einerseits betrachteten die Länder Europas und Amerikas dies als „zu wenig und zu spät“ (was auch dem Gefühl der japanischen Staatsmänner entsprach), andererseits hegten die asiatischen Nachbarländer Misstrauen gegenüber einer beginnenden „Militarisierung“ Japans (was auch die Meinung der linken japanischen Fraktion widerspiegelte).

Vor diesem Hintergrund ist meine Theorie der japanischen „Mittelmacht-Diplomatie“ ebenso als außenpolitische Theorie zu verstehen, die versucht, die gespaltenen Ansichten mithilfe eines goldenen Mittelwegs zu überwinden. Letztlich geht es dabei im Kern um die Änderung von Artikel 9 der Verfassung. Die Debatte zu dieser Verfassungsänderung basiert jedoch auf dem grundlegenden Konzept der

diplomatischen Vorstellung einer vollendeten „Mittelmacht-Diplomatie“ auf Grundlage des Internationalismus. Die Erfahrungen der frühen 1990er Jahre konfrontierten Japan mit der Tatsache, dass Artikel 9 der Verfassung ein Hindernis für Japans „internationalen Beitrag“ und die internationale Friedenszusammenarbeit durch die Selbstverteidigungsstreitkräfte darstellt.

Diese Erfahrungen und Lektionen sollte man sich einmal mehr ins Gedächtnis rufen, wenn man die Beteiligung Japans an der internationalen Politik im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Ukraine betrachtet. In Hinblick auf die Diplomatie der gegenwärtigen Regierung unter Premierminister Fumio Kishida ist es somit bezeichnend, dass Premierminister Kishida zu Beginn seiner Rede auf dem Shangri-La-Dialog (Sicherheitskonferenz in der Region Asien-Pazifik) in Singapur am 10. Juni 2022 den ehemaligen Premierminister Kiichi Miyazawa als ein führendes Mitglied der Kouchikai – einer politischen Gruppierung in der Liberaldemokratischen Partei, der er selbst angehörte – erwähnte. Premierminister Kishida erklärte, dass der frühere Premierminister Miyazawa den Erwartungen gegenüber Japan, sich auf internationaler Ebene stärker für die Sicherheit zu engagieren, unverwandt ins Auge geblickt hatte, weshalb nach zahlreichen Debatten „The International Peace Cooperation Act“ verabschiedet und die Selbstverteidigungsstreitkräfte auf dieser rechtlichen Grundlage nach Kambodscha entsandt worden waren.

Premierminister Kishida bezeichnete die folgenden fünf Säulen als seine „Vision für den Frieden“: die „Aufrechterhaltung und Stärkung einer freien, offenen und regelbasierten Weltordnung“, die „Stärkung der Sicherheit“, die „Förderung realistischer Bemühungen um eine ‚Welt ohne Nuklearwaffen‘“, die „Stärkung der UN-Funktionen und die Reform des UN-Sicherheitsrats“ sowie die „Stärkung der internationalen Zusammenarbeit in neuen Bereichen wie der wirtschaftlichen Sicherheit“. Im Zusammenhang mit der „Stärkung der Sicherheit“ steht teilweise das Selbsthilfebemühen im Vordergrund, während alle anderen Maßnahmen auf internationaler Zusammenarbeit basieren. Dieser Internationalismus kommt auch in der Diplomatie der Regierung unter Premierminister Kishida in Hinblick auf den russischen Überfall auf die Ukraine klar zum Vorschein.

Die internationale Lage nach dem Überfall auf die Ukraine und die damit zusammenhängende Reaktion Japans

Russland behauptet, dass seine faktische Militärinvasion in einen unabhängigen und souveränen Staat eine spezielle Militäroperation sei, die dem Schutz der in der Ostukraine lebenden russischen Bevölkerung sowie der Entmilitarisierung und „Entnazifizierung“ der Ukraine diene. Tief darunter herrscht jedoch der

Unilateralismus einer Großmacht sowie die Wahnvorstellung eines „russischen Imperiums“ von Präsident Putin.

(1) Freie, offene und regelbasierte Weltordnung

Der Überfall auf die Ukraine war eine unverblühte Kampfansage gegenüber der „freien, offenen und regelbasierten Weltordnung“, die von den fortschrittlichen Demokratien unterstützt wird. Als Reaktion darauf haben wir der Ukraine militärische Unterstützung – insbesondere in Form von Waffenlieferungen – sowie finanzielle Soforthilfe gewährt und einen Bund für Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland geschlossen. Die Herausforderungen, vor denen die USA und andere fortschrittliche Demokratien in diesem Zusammenhang stehen, erweisen sich jedoch als außerordentlich groß. Insbesondere die Tatsache, dass die USA gezwungen werden, an zwei Fronten (in Europa und in Asien) zu agieren, stellt eine erhebliche Belastung dar – vor allem, wenn man darüber hinaus die Entwicklungen in China betrachtet, auf die ich im Folgenden weiter eingehen möchte. Der militärische Rückzug aus Afghanistan, den die Regierung unter Präsident Biden im Mai 2021 eingeleitet hatte, diente ebenso dazu, die Ressourcen auf eine Strategie gegen China umzulenken. Nun ist auch der Widerstand gegen Russland innerhalb von Europa hinzugekommen.

Die japanische Diplomatie agiert in diesem Zusammenhang ebenfalls aus der Position einer fortschrittlichen Demokratie heraus. Die Regierung unter Premierminister Kishida beteiligt sich aktiv an der G7, die sich aus der Europäischen Union (EU), dem Nordatlantikkpakt (engl. *North Atlantic Treaty Organization*, kurz NATO) und den Mitgliedstaaten der führenden Industrieländer (Gipfel) zusammensetzt. Neben einer Unterstützung der Ukraine hat sie nicht gezögert, Sanktionen gegen Russland in den Bereichen Finanzen, Handel und Visa zu verhängen. Verständlicherweise hat sich hierdurch die Haltung Russlands gegenüber Japan verhärtet, weshalb die Zukunft der japanisch-russischen Beziehungen völlig unklar ist.

(2) Europäische Sicherheitsordnung

Auch hat sich die Sicherheitsordnung an der europäischen Front erheblich verändert, wodurch eine neue Konfrontationsstruktur zwischen Russland und den europäischen Ländern bzw. der NATO deutlich geworden ist. Es wurde bereits länger behauptet, dass die Euphorie des Westens, den Kalten Krieg gewonnen zu haben, lediglich eine Illusion gewesen war – nun haben die Aktionen Russlands diese Illusion vollständig zerstört. Es scheint, als ob Putin, der den Eintritt der Ukraine in die NATO unter allen Umständen zu verhindern versucht, durch den Pathos eines „Sowjetimperiums“ angetrieben wird,

das seine Niederlage im Kalten Krieg nicht akzeptieren kann.

Im Mai 2022 beschlossen Finnland und Schweden, die während des Kalten Krieges lange Zeit militärisch neutral gewesen waren, den Beitritt zur NATO zu beantragen. Im April 2023 wurde Finnland zum 31. NATO-Mitgliedsstaat ernannt. Die Gesamtsituation stellt wahrlich ein „russisches Eigentor“ (Zitat von Michito Tsuruoka) dar, wobei auch die NATO nach ihrer Erweiterung vor neue, schwierige Herausforderungen gestellt wurde.

Japan, das immer noch den Beschränkungen von Artikel 9 der Verfassung unterliegt, kann keine umfassende militärische Zusammenarbeit mit den NATO-Staaten leisten. Die Kooperation zwischen Japan und der NATO hat im Rahmen des „Individual Partnership and Cooperation Programme“ (IPCP) wichtige Fortschritte gemacht; dieser Plan wurde im Mai 2014 von Premierminister Shinzo Abe während seiner Teilnahme an der Sitzung des Nordatlantikrats unterzeichnet. Der wesentliche Inhalt besteht dabei aus einer vorbildlichen „Mittelmächte-Kooperation“ – darunter Cyberabwehr, humanitäre bzw. Katastrophenhilfe, Antiterrormaßnahmen, Abrüstung bzw. Rüstungskontrolle sowie die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine nahm Premierminister Kishida am 29. Juni desselben Jahres als erster

japanischer Premierminister an einem NATO-Gipfeltreffen in Madrid teil. Konkret handelte es sich hierbei um eine „NATO-Partnerkonferenz“ auf Einladung der NATO, bei der auch Länder aus dem asiatisch-pazifischen Raum – nämlich Australien, Neuseeland und Südkorea – anwesend waren. Japan eingeschlossen bezeichnete die NATO diese vier Länder als „Asiatisch-Pazifische Partner“ (AP4). In Hinblick auf die gekoppelten Schritte Russlands und Chinas, auf die ich im Folgenden weiter eingehen werde, bestätigte dies die Bedeutsamkeit einer Zusammenarbeit zwischen den Ländern des asiatisch-pazifischen und des europäischen Raums.

(3) Ausfall im UN-Sicherheitsrat

Da der UN-Sicherheitsrat nicht mehr voll funktionsfähig ist, gestaltet sich die Rolle der UN im Zusammenhang mit der internationalen Sicherheit völlig ungewiss. Die internationale Nachkriegsordnung begann mit der Gründung der Vereinten Nationen durch die alliierten Mächte, welche die Achsenmächte Japan und Deutschland besiegt hatten. Einige der damaligen Visionen fielen nach Ausbruch des Kalten Krieges umgehend in sich zusammen, während andere Funktionen nach Ende des Kalten Krieges in den 1990er Jahren wiederhergestellt wurden. Zu Zeiten des Golfkriegs sowie den Kriegen in Afghanistan und Irak, die allesamt von den USA geführt wurden, hielten sich die UN und das Völkerrecht trotz zahlreicher Probleme mit Mü-

he und Not über Wasser. Diesmal jedoch tritt Russland, ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats als Zerstörer der Weltordnung auf. Und darüber hinaus sind zudem gewisse Verbindungen zwischen Russland und China entstanden, auf die ich im Folgenden weiter zu sprechen komme.

Blickt man auf die Nachkriegszeit zurück, so haben sich Japan und Deutschland zu Musterschülern der internationalen Gemeinschaft entwickelt und zum Aufbau einer freien und offenen Weltordnung beigetragen. Nun sehen sich diese beiden Länder als fortschrittliche Demokratien mit den Herausforderungen konfrontiert, die uns vonseiten Russlands und Chinas entgegengehalten werden. Aus einer Makroperspektive lässt sich sagen, dass die Ordnung der UN völlig auf den Kopf gestellt wurde.

In diesem Sinne weisen die UN-Reformen, an denen die japanische Regierung seit vielen Jahren arbeitet, zwar eine hohe Legitimität auf, sind in Hinblick auf ihre Aussichten jedoch keineswegs rosig. Gleichwohl erweisen sich die Macht des Völkerrechts und seine Rolle bei der Mobilisierung der internationalen Öffentlichkeit von großer Bedeutung. Die Entwicklungsländer, die die Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten ausmachen, haben in ihren Beziehungen zu Russland und China nicht die selben Chancen wie die fortschrittlichen Demokratien. Gleiches gilt für Länder wie Indien und Indonesien, die seit langem an ihrem Prinzip

von „Bündnisfreiheit und Unparteilichkeit“ festhalten. In Hinblick auf diese Länder, die der „dritten Kraft“ angehören und mittlerweile als „Globaler Süden“ bezeichnet werden, ist es zunehmend wichtig, eine angemessene Politik des Engagements aus dem Blickwinkel einer „Mittelmacht-Diplomatie“ fortzuführen, anstatt diese Länder gewaltsam mit hineinziehen zu wollen.

China und die asiatische Ordnung

(1) Chinesisch-russische Verbindungen

Wenn wir nun in Richtung Asien blicken, sehen wir, dass der Grund für Chinas Selbstbehauptung in der nostalgischen Sehnsucht nach einem „chinesischen Imperium“ liegt. In den letzten Jahren hat China versucht, seinen Nationalismus zu konsolidieren, indem es seine Geschichte nach dem Opiumkrieg als „Jahrhundert der Demütigung“ betonte. Darüber hinaus macht das Land mit dem stetigen Ausbau seiner Macht keinen Hehl mehr daraus, dass es China ganz selbstverständlich für das Zentrum Asiens hält. Auch auf globaler Ebene zögert es nicht damit, Einwände gegen die Werte und Strukturen der internationalen Nachkriegsordnung zu erheben, in deren Zentrum Europa und die USA stehen.

Wenn solch imperiale Gefühle den Antrieb für das gegenwärtige Handeln

Russlands und Chinas darstellen, so liegt darin der Ursprung einer psychologischen Bindung zwischen diesen beiden Ländern. Es versteht sich von selbst, dass die USA im Rahmen dieser psychologischen Dimension den größten Konkurrent und das größte Hindernis sowohl für China als auch für Russland darstellen. Eine weitere Gemeinsamkeit zwischen Russland und China liegt in der Tatsache, dass aufgrund dieser Mentalität das autokratische Regierungssystem in gewissem Maße von der Bevölkerung akzeptiert wird.

Die wichtigsten strategischen Ziele sowohl Russlands als auch Chinas liegen allerdings jeweils in Europa und Asien. Es verhält sich dabei jedoch nicht so, als ob die beiden Länder sich in ihren jeweiligen Regionen vollumfänglich unterstützen würden; auch besitzen sie keine gemeinsame Strategie gegenüber den USA. Stattdessen dürfte China aufmerksamer beobachten, welche Auswirkungen der russische Überfall auf die Ukraine in Hinblick auf seinen „chinesischen Traum“ von der „Befreiung“ Taiwans hat.

(2) Die Taiwan-Frage

Seit der „Gemeinsamen Erklärung der Regierung Japans und der Regierung der Volksrepublik China“ (29. September 1972) hält die japanische Regierung daran fest, dass sie Chinas Standpunkt, Taiwan als integralen Bestandteil des Territoriums der Volksrepublik China

anzusehen, verstehe und respektiere. Auch die USA haben diesen Standpunkt, dass es „nur ein China gäbe und Taiwan zu China gehöre“, seit der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen China und den USA im Januar 1979 zumindest akzeptiert. Weder Japan noch die USA haben jedoch erklärt, dass ihre Standpunkte mit denen Chinas übereinstimmen; stattdessen vertreten beide in der Zugehörigkeitsfrage Taiwans eine eher vage politische Position. Darüber hinaus hat der US-Kongress im April 1979 ein nationales Gesetz namens „Taiwan Relations Act“ verabschiedet, in dem eine mögliche Verteidigung Taiwans durch die USA nicht ausgeschlossen wird, um Chinas Absichten, die Taiwan-Frage als „innerstaatliches Problem“ zu betrachten, entgegenzuwirken.

Seit den 1970er Jahren erhebt China Anspruch auf die Senkaku-Inseln, die faktisch von Japan regiert werden. Dieser Anspruch basiert auf der chinesischen Ansicht, dass diese Inseln „seit jeher zu Taiwan gehören“. Folglich ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass eine Taiwan-Krise unmittelbar auch eine Senkaku-Inseln-Krise bedeuten würde. Dies wiederum hätte die Frage nach der Selbstverteidigung Japans zur Folge und würde gleichzeitig Artikel 5 des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags auslösen, der eine gemeinsame Reaktion Japans und der USA im Falle eines Angriffs auf von Japan verwaltete Gebiete vorsieht. Durch die oben beschriebene grundsätzliche

Sicherheitshaltung Japans und der USA wird China bei der Anwendung militärischer Stärke gegen Taiwan in ausreichendem Maße zurückgehalten.

Vor diesem Hintergrund erfolgte der russische Überfall auf die Ukraine. Sollte es zu einer chinesischen Militärintervention in Taiwan kommen, würden viele demokratische Länder darin ein Ebenbild vom Überfall auf die Ukraine und einen Angriff auf die Demokratie sehen. In diesem Sinne könnte Russlands Überfall auf die Ukraine vielmehr einen Gegenwind in Hinblick auf Chinas Strategie der „militärischen Befreiung“ Taiwans bedeuten. Es scheint mir, dass in dieser Situation die Rolle der Diplomatie genauso oder sogar noch mehr an Bedeutung gewinnt als militärische Reaktion. Unter diesem Blickwinkel möchte ich im Folgenden den Inhalt eines „Freien und Offenen Indopazifiks“ (FOIP) beleuchten, der sich inzwischen zum Gesicht der japanischen Diplomatie entwickelt hat.

„Freier und Offener Indopazifik“ und Quadrilateraler Sicherheitsdialog

Die indopazifische Diplomatie, die von Premierminister Shinzo Abe durch den als Quadrilateralen Sicherheitsdialog (QUAD) bezeichneten Zusammenschluss zwischen Japan, Australien, Indien und den USA gefördert wurde, stellt auch in der Regierung unter Premierminister Kishida einen Stützpfiler der

japanischen Außenpolitik dar. Der Inhalt dieses Dialogs hat sich bereits während der Regierung unter Premierminister Abe von einer Konfrontationsstrategie gegenüber China zu einer weniger konfrontativen Diplomatie des Regionalismus („Vision“) gewandelt.

Die Ursprünge des indopazifischen Konzepts in der japanischen Diplomatie gehen auf eine Rede zurück, die Premierminister Abe während seiner ersten Regierungszeit im August 2007 vor dem indischen Parlament gehalten hatte. Er bezeichnete die Kombination des Pazifiks und des Indischen Ozeans als „erweitertes Asien“ und schlug dort zum ersten Mal offiziell das QUAD-Konzept vor, bei dem die USA und Australien durch eine japanisch-indische Zusammenarbeit in dieses „erweiterte Asien“ miteinbezogen werden. Nachdem er nach einem Jahr aufgrund gesundheitlicher Probleme zurückgetreten war, kehrte Premierminister Abe im Dezember 2012 zurück und präsentierte „QUAD“ auf internationaler Ebene als „security diamond“. An dieser Stelle etablierte sich die weltweite Auffassung, dass die von Premierminister Abe befürwortete indopazifische Diplomatie eine starke Konfrontationsstrategie gegenüber China darstellt.

Im November 2014 reagierte Premierminister Abe empfindlich auf die Vorstellung des Konzepts einer „Neuen Seidenstraße“ durch den chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping und sprach sich in seiner Grundsatzzrede auf der 6. Tokyo International Conference on

African Development (TICAD) im kenianischen Nairobi im August 2016 für „zwei freie und offene Weltmeere“ und ein Bündnis des asiatischen und afrikanischen Kontinents aus.

Seit 2017 veranstalten die jeweils zuständigen QUAD-Behörden regelmäßige Treffen auf Abteilungsleiterenebene (engl. *Senior Officer Meeting*, kurz SOM) als Nebenveranstaltungen zu den ASEAN-Konferenzen. Dabei wurden ab 2018 der Ausdruck eines „freien, offenen und integrativen Indopazifik“ sowie der Grundsatz einer „Unterstützung der ASEAN-Zentralität“ in die Bekanntmachungen der Ergebnisse aufgenommen. Dadurch wurde zum Ausdruck gebracht, dass China im Rahmen von QUAD nicht unbedingt ausgeschlossen wird.

Zum einen spiegelte dies die pragmatischen Empfindungen der außenpolitischen Beamten wider, zeugte zum anderen jedoch auch von dem wichtigen Wandel, den die Diplomatie von Premierminister Abe gegenüber China ab 2018 vollzog. Im Oktober desselben Jahres kam während Abes Besuchs in China ein Gipfeltreffen mit Xi Jinping zustande. Im Juni 2019 kam Xi Jinping anlässlich des G20-Gipfels in Osaka nach Japan, woraufhin Premierminister Abe ihn offiziell zum Staatsbesuch im Frühling des nächsten Jahres einlud, der jedoch aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt wurde.

Es folgten regelmäßige Treffen der QUAD-Außenminister ab September

2019 sowie Gipfeltreffen ab März 2021. In einer Reihe gemeinsamer Erklärungen wurden als Grundsätze der QUAD-Kooperation die Rechtsstaatlichkeit und regelbasierte Ordnung sowie die Freiheit von Schifffahrt und Flugverkehr verkündet, in denen selbstverständlich auch die Besorgnis über China zum Ausdruck kam. Gleichzeitig zeigte sich keine ausdrückliche Konfrontationshaltung gegenüber China, und zu den konkreten Kooperationspunkten gehörten globale Themen wie die Pandemie, Klimafragen, kooperative Projekte in Hinblick auf den Wettbewerb mit China (vor allem in Wirtschaftsbereichen) sowie unkonventionelle Sicherheitskooperationen.

Im Allgemeinen werden FOIP und QUAD oft als Strategien gegen China betrachtet, die auf eine „Eindämmung“ abzielen. Dort wird der QUAD-Rahmen vermutlich als eine „japanisch-amerikanische Allianz plus Australien und Indien“ angesehen. Die wesentlichen Diskussionen und Ergebnisse des QUAD zeigen jedoch, dass er in Wirklichkeit nichts anderes als eine „Mittelmächte-Kooperation“ darstellt. Aus diesem Blickwinkel sollte ein realistischeres Bild von QUAD als „Japan, Australien und Indien plus den USA“ zum Ausdruck kommen. Und gerade aus ebendieser Schlussfolgerung könnte sich das Konzept eines „erweiterten QUAD“ ergeben, an dem auch Südkorea und die europäischen Länder beteiligt sind.

Zum Abschluss

Am 8. Juli 2022 wurde der ehemalige Premierminister Shinzo Abe in einer völlig unerwarteten Tragödie erschossen. Als Ministerpräsident mit der längsten Amtszeit in der modernen politischen Historie Japans seit der Meiji-Ära hat Premierminister Abe im Zusammenhang mit der japanischen Wirtschaft, Politik und Diplomatie ein hochgradig komplexes Erbe hinterlassen, das schwer wiegt.

Von besonderer Bedeutung dürften hierbei die drei folgenden Dokumente zur nationalen Sicherheit sein, die durch das Kabinett Kishida am 16. Dezember 2022 verabschiedet wurden: die „Nationale Sicherheitsstrategie“, die „Nationale Verteidigungsstrategie“ und der „Plan zum Aufbau der Wehrkraft“. Die ausführliche Erörterung dieser Dokumente überlassen wir anderen Beiträgen; doch möchte ich an dieser Stelle den dadurch aufgetretenen Paradigmenwechsel im Sicherheitsdenken der japanischen Regierung sowie seine damit zusammenhängende Bedeutung überprüfen. Zwar geht dieser Wechsel bereits in der am 17.12.2013 unter dem Kabinett Abe verabschiedeten „Nationalen Sicherheitsstrategie“ hervor, doch sind die Spuren einer „Befreiung vom Nachkriegsregime“, von welcher der ehemalige Premierminister gesprochen hatte, in der gleichnamigen überarbeiteten Fassung umso deutlicher geworden.

Erstens ist die japanische Diplomatie unter dem „Nachkriegsregime“ „von der Bühne der Machtpolitik abgetreten“ (Zitat von Masataka Kosaka), indem sie vor allem dadurch gekennzeichnet bzw. gestärkt wurde, dass sie nicht direkt in das Spiel um das Machtgleichgewicht zwischen den Großmächten – geschweige denn in den militärischen Bereich – eingebunden ist. Im Gegensatz dazu befasst sich die Nationale Sicherheitsstrategie direkt mit Bereichen wie militärischer Abschreckung, dem Machtgleichgewicht sowie der Geopolitik. Zweitens war die Rolle und die Stellung der Wehrkraft in der nationalen Strategie unter dem „Nachkriegsregime“ äußerst begrenzt, während ihr in der Nationalen Sicherheitsstrategie eine fundamentale Bedeutung beigemessen wurde. Das „Nachkriegsregime“ lehnte die Idee der erforderlichen Wehrkraft ausdrücklich ab, während in der Nationalen Sicherheitsstrategie auf ein Subjekt mit starken militärischen Fähigkeiten hingewiesen wird und von einer Stärkung der Wehrkraft die Rede ist. Um dies zu erreichen, hat sich die Regierung de facto das Ziel gesetzt, den Wehretat von etwa 1 % des BIP auf 2 % des BIP zu verdoppeln.

Ein solcher Paradigmenwechsel wäre angesichts der weiter oben beschriebenen Entwicklungen in Russland und China aus logischer Sicht betrachtet durchaus verständlich. Die rechtlichen Einschränkungen, die ihren Ursprung in Artikel 9 der Verfassung haben, sind dabei jedoch nicht völlig verschwunden.

Stattdessen heißt es in der Nationalen Sicherheitsstrategie eindeutig, dass die grundlegende Richtlinie der „ausschließlichen Verteidigung“ unverändert bleibt. Anders gesagt: Die Bedingungen, die Japans Stärke und Sicherheitspolitik bestimmen, haben sich bisher nicht an das Paradigma jenseits des „Nachkriegsregimes“ angepasst. So wird diese Lücke von der Nationalen Sicherheitsstrategie mit einer durch und durch japanisch-amerikanischen Integrationsrichtlinie aufgefüllt. Dies wiederum macht das Schicksal einer „Mittelmacht-Diplomatie“ deutlich, die es nicht schafft, sich von der japanisch-amerikanischen Allianz zu lösen.

Leider werden die strategischen Optionen Japans dadurch nur noch weniger. Gerade deshalb ist es umso wichtiger, die Bedeutsamkeit der Diplomatie zu erkennen, wie es auch die Nationale Sicherheitsstrategie tut, indem sie Diplomatie vor Wehrkraft stellt. Allerdings scheint die dort beschriebene Diplomatie zu sehr von der Idee des geopolitischen und geoökonomischen Wettkampfes mit China eingenommen zu sein.

Japans „Mittelmacht-Diplomatie“ erfordert eine flexible Zweifronten-Diplomatie, in der Japan sowohl seine Stärke und Subjektivität in der Mittelmächte-Kooperation findet als auch seine Position auf der machtpolitischen Bühne mit Fokus auf der japanisch-amerikanischen Allianz festigt. Viele asiatische Länder zeigen sich in Hinblick

auf die wachsende Macht Chinas besorgt, sind sich dabei jedoch auch ihres geografischen Schicksals bewusst, neben China koexistieren zu müssen – Japan stellt hierbei keine Ausnahme dar. Je mehr die Besorgnis im Zusammenhang mit China wächst, desto wichtiger wird das Thema eines kooperativen Netzwerks zwischen den Ländern dieser Region.

Vor dem Hintergrund des russischen Überfalls auf die Ukraine bedeutet eine stärkere Beteiligung Japans an der europäischen Sicherheit eine Erweiterung des Horizonts der japanischen „Mittelmacht-Diplomatie“. Aus diesem Blickwinkel sollte die Bedeutung einer stärkeren Beziehung zwischen den AP4-Staaten (Japan, Australien, Neuseeland und Südkorea), die zum NATO-Gipfeltreffen im Juni 2022 eingeladen wurden, umso deutlicher sein. Dasselbe gilt für den weiter oben beschriebenen „erweiterten QUAD“ – und genau dort liegt ein wichtiges diplomatisches Anliegen vor: die Wiederherstellung der japanisch-koreanischen Beziehungen.

Literaturangaben

“Asia’s Future” Research Group (2023), “Asia’s Future at a Crossroads: A Japanese Strategy for Peace and Sustainable Prosperity,” <https://bpb-us-e1.wpmucdn.com/blogs.gwu.edu/dist/d/3083/files/2023/07/Asias-Future-at-a-Crossroads-English.pdf>

Yoshihide Soeya (2022), “Middle Power Cooperation 2.0 in the Indo-Pacific Era,” in Chien-Wen Kou, Chiung-Chiu Huang, and Brian Job, eds., *The Strategic Options of Middle Powers in the Asia-Pacific*, London: Routledge

Yoshihide Soeya (2021), “Japan’s Diplomacy toward China under the Abe Shinzo Administration,” in James Brown, Guibourg Delamotte, and Robert Dujarric, eds., *The Abe Legacy: How Japan Has Been Shaped by Abe Shinzo*, Lanham, MD: Lexington Books

Yoshihide Soeya (2018), “The Rise of China in Asia: Japan at the Nexus,” in Asle Toje, ed., *Will China’s Rise be Peaceful? Security, Stability, and Legitimacy*, Oxford: Oxford University Press

Yoshihide SOEYA



Yoshihide Soeya ist emeritierter Professor der Keio-Universität, an der er im März 2020 in den Ruhestand ging, nachdem er 32 Jahre lang als Professor für Politikwissenschaft an der Juristischen Fakultät tätig war. Er promovierte 1987 an der University of Michigan mit dem Schwerpunkt internationaler Politik.

Zuvor arbeitete er für das „Korea-Japan Joint Research Project for the New Era“ (MOFA), den „Council on Security and Defense Capabilities in the New Era“ (Büro des Premierministers), die „Advisory Group on Ministerial Evaluations“ (MOFA), den „Central Council on Defense Facilities“ (Agentur/Verteidigungsministerium) und die „Prime Minister’s Commission on Japan’s Goals in the 21st Century“ (Büro des Premierministers). Seine Interessensgebiete sind Politik und Sicherheit in Ostasien sowie die japanische Diplomatie und ihre Außenbeziehungen.

Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen auf Englisch gehören „Middle Power Cooperation 2.0 in the Indo-Pacific Era“, in Chien-Wen Kou, et al., eds., *The Strategic Options of Middle Powers in the Asia-Pacific* (London: Routledge, 2022), „Japan’s Diplomacy towards China under the Abe Shinzo Administration“, in James Brown, et al., eds., *The Abe Legacy* (MD: Lexington Books, 2021); und „The Rise of China in Asia: Japan at the Nexus“, in Asle Toje, Hrsg., *Will China’s Rise be Peaceful?* (Oxford: Oxford University Press, 2018).